

V0682/24/1

Bericht zur Umsetzung und Beschlussfassung zur Fortschreibung der Digitalisierungsstrategie
(Referent: Herr Kuch)

Antrag:

1. Der Stadtrat nimmt den aktuellen Stand der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie und die Empfehlungen zur teilweisen Verstetigung der Pilotstellen (Portfoliomanager, Change-Management und Digitale Weiterbildung) zur Kenntnis.
2. Vor diesem Hintergrund soll die Verstetigung dieser Stellen nicht erst nach Ablauf und abschließender Evaluierung der Pilotphase und damit im Stellenplan 2028, sondern bereits im Stellenplan für das Jahr 2025 ausgewiesen werden.
3. Der Stadtrat nimmt von der Vorgehensweise zur Besetzung der Stellen für dezentrale Digitalisierungs- und Prozessbeauftragte durch Umschichtung von freien Stellen (-Anteilen) aus der Haushaltskonsolidierung bzw. Aufgabenumschichtungen bei den dezentralen IT-Beauftragten in den Fachreferaten Kenntnis und beauftragt die Verwaltung ein entsprechendes Bedarfs- und Umsetzungskonzept zu erarbeiten. Die für 2025 sich daraus ergebenden Personalressourcen können zeitnah unterjährig besetzt werden und sind im Stellenplan 2026 entsprechend auszuweisen.

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	17.10.2024	Vorberatung
Stadtrat	22.10.2024	Entscheidung

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht vom 17.10.2024

Die Vorlagen der Verwaltung V0682/24 und V0682/24/1 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Herr Kuch informiert über einen formalen Fehler der Beschlussvorlage. In der vergangenen Finanzausschusssitzung sei die Beschlussqualität fälschlicherweise als Bekanntgabe klassifiziert worden. Diesen Fehler habe man nun in der geänderten Beschlussvorlage korrigiert. Ausgangspunkt für den heutigen umfassenden Bericht sei die Beschlussfassung des Stadtrates vom 17.10.2023. Die beiden Referate I und VIII seien beauftragt worden, bis 2027 in einem befristeten Pilotprojekt die weitere Fortschreibung und Umsetzung des städtischen Digitalisierungskonzepts durchzuführen. Dieses gliedere sich in verschiedene Teilprojektphasen. Gleichzeitig sei die Verwaltung vom Stadtrat beauftragt worden, jährlich

über den Fortschritt dieses Pilotprojektes zu berichten. Herr Kuch stellt klar, dass die Stadtverwaltung hier nicht nur konzeptionell tätig sei. Durchaus bedeutsam sei, dass sich die Stadtverwaltung parallel dazu auch in der Umsetzung von konkreten Digitalisierungsprojekten befinde. Mit Verweis auf Anlage 1 geht Herr Kuch auf verschiedene Aspekte wie z.B. die Einführung eines Unternehmenskonto, des digitalen Führerschein- und Bürgergeldantrages, die Bezahlkarte für die Asylbewerber, zahlreiche OZG-Leistungen sowie die stadtinterne Umstellung auf Windows 11 und den Einstieg in die Umstellung auf Office 365 ein. Ziel der verschiedenen Teilprojekte aus dem Digitalisierungskonzept sei ein gesamtstädtisches Projektportfolio, das alle Digitalisierungsprojekte darstelle und entsprechend fortschreibe. Die Vorteile, die daraus entstehen, würden gegenüber dem Stadtrat Transparenz schaffen, zu einer deutlicheren Priorisierung, aber auch Verfügbarkeit der für die einzelnen Projektumsetzungen notwendigen Ressourcen, führen. Das empfohlene Steuerungsgremium an der Verwaltungsspitze sei zwischenzeitlich entsprechend eingerichtet worden und habe in zwei Sitzungen in diesem Jahr auch schon über das Startportfolio und entsprechende Auswahl- bzw. Priorisierungskriterien entschieden. Im Teilprojekt 3 gehe es um die Strategieentwicklung- und fortschreibung. In Anlage 2 finde man ein sogenanntes Big Picture, welches die Herausforderungen und das Zusammenspiel zwischen Digitalisierung, Datenmanagement, KI und technologischen Anforderungen, darstelle. Im Kern gehe es hier um Transformation und Automatisierung der Prozesse. Die Strategieentwicklung soll im nächsten Schritt in eine konkrete Umsetzung einmünden, welches vom Teilprojekt "Ausbau der Steuerungsstruktur" begleitet werde. Weiter sei man dazu übergegangen, weniger mit externer Projektbegleitung zu arbeiten. Stattdessen würde man nun mit eigenen Steuerungs- und Projektmanagementstrukturen die Teilprojekte verwirklichen, wodurch man sich eine wesentlich zügigere und praxisnähere Umsetzung erhoffe. Im Teilprojekt 5 gehe es darum, die digitale Transformation der Abläufe und der notwendigen Anpassung bei den Verwaltungsstrukturen zu begleiten, der mit dem stadtweiten Kulturwandel verbunden ist. Mit dem Kompetenzaufbau der Digitalisierung habe man sich schon früher befasst. Dies sei ein eigenes Teilprojekt aus der Strategie, die der Stadtrat vor einem Jahr beschlossen habe. Daraus haben sich drei Schwerpunkte herauskristallisiert. Dies sei zum einem die Begleitung in Form von Schulungen und Informationsveranstaltungen, aber auch die Qualifizierung der Beschäftigten in Schlüsselpositionen sowie dem Kompetenzaufbau anhand von konkreten Projekten. Der Aufbau der städtischen Datenplattform sei ein weiteres Teilprojekt, das vom Referat VIII begleitet und erarbeitet werde. Die technischen Plattformen seien selbstverständlich zentral zusammengefasst und würden deshalb in enger Abstimmung vollzogen werden.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld ergänzt, dass sich das Referat VIII im Wesentlichen auf das Thema offene Daten, sprich "Open Data", konzentriert. Dies habe zwei Gründe. Zum einem, weil die technischen Voraussetzungen, wie sie Herr Kuch ausgeführt habe, im Rahmen der Transformationsstrategie des IT-Amtes noch erarbeitet werden müssen und zum anderen, weil es eine gesetzliche Verpflichtung gibt, bei der die Stadt Ingolstadt dazu verpflichtet sei, offene Daten kostenfrei und maschinenlesbar zur Verfügung zu stellen. Deshalb habe das Referat VIII rund 230 Datensätze, die dafür infrage kommen, erhoben. Dazu sei ein Katalog erstellt worden, in dem bewertet wird, welche veröffentlichungspflichtig sind. Damit sei die Basis gelegt, diese gesetzliche Verpflichtung im Wesentlichen zu erfüllen. Zur Verfügungstellung einer Plattform habe man im Haushalt Programmierungskosten angesetzt. Angesichts der Haushaltslage und der Tatsache, dass die internen Daten noch in Klärung seien, wolle man ausschließlich auf Portale setzen, referiert Herr Prof. Dr. Rosenfeld. Die bayerische Agentur für Digitales habe im Auftrag des Bayerischen Staatsministerium für Digitales eine bayernweite Plattform für offene Daten entwickelt. Als eine der ersten Kommunen habe sich Ingolstadt dafür gemeldet, sodass nun alle Daten auf diese Plattform gebracht wurden. Ingolstadt würde auf dieser Plattform einen eigenen Präsenz bzw. Seite haben. Für wenig Geld habe man lokale Start Ups beauftragt, für Ingolstadt Routinen zu schreiben, die sicherstellen, dass die Daten automatisiert auf dieser Plattform landen. Gleichzeitig habe man das bestehende Portal "Odin", das es in Ingolstadt schon gab, so automatisiert, dass das lokale Portal und die Plattform vom Freistaat Bayern gleichzeitig bespielt wird. Mit Hilfe der künstlichen Intelligenz wolle man mit einem Start Up sicherstellen, dass die Metadaten automatisiert generiert werden können. Für die Programmierung des eigenen Portals habe man 400.000 Euro im Haushalt abgebildet. Diese können nun komplett zur Entlastung des Haushalts 2024 zurückgegeben werden, weil man sich dafür entschieden hat, die staatlichen Stellen zu nutzen. Für diesen Strategiewechsel habe man nicht einmal eine Stelle gebraucht oder neu beantragt, betont Herr Prof. Dr. Rosenfeld. Eine bereits vorhandene Mitarbeiterin habe sich in das Thema eingearbeitet und zusammen mit dem Digitalministerium auf der Smart Country Konferenz in Berlin dieses Thema in einem gemeinsamen Beitrag vorgestellt. Dies zeige, dass die Stadtverwaltung Ingolstadt diese Themen sehr gut beherrsche und auch voranbringen könne.

Herr Kuch betont die hervorragende Zusammenarbeit zwischen den Referaten I und VIII, was das Thema Datenmanagement angehe. In seinen Augen würde dieses Thema auch

eine wichtige Grundlage für künftige KI-Anwendungen darstellen, was fachverfahrenübergreifende Auswertungsmöglichkeiten schafft. Ebenso sei man dabei, geeignete Schnittstellen zu entwickeln und einheitliche Datenstandards festzulegen. Daraus würden Folgeprojekte entstehen zur Einführung von KI-gestützten Systemen, die es braucht, um Dinge umsetzen zu können wie z.B. den Aufbau eines sogenannten Chatbots, die Nutzung von Sprachmodellen und automatisierte Vorgangsbearbeitung. Durch einheitliche Datenstandards im Rahmen einer stadtinternen autonomen Datenhaltung kann zudem ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Datenschutzes ermöglicht werden. Zudem ermögliche es in Zusammenarbeit mit dem Referat VIII die Entwicklung weiterer Smart City Anwendungen.

Der für den Personalausschuss wichtigste Punkt sei, dass drei der 5,5 VZÄ der aus der Beschlussvorlage zur Digitalisierungsstrategie im Stadtrat 2023 beschlossenen Stellen nun zur Verstetigung vorgeschlagen werden. Es handelt sich dabei um Stellen beim Portfoliomanagement, ~~und~~ beim Changemanagement und um eine Stelle im Bereich der digitalen Weiterbildung. im Antragstext. Herr Kuch macht sich dafür stark, diese Stellen im Stellenplan 2025 zu verstetigen, weil es hier gelungen sei, Experten von Extern dafür zu gewinnen. Bei der aktuellen Marktlage halte er es für eine Gefahr, diesen Mitarbeitenden erst im Stellenplan 2028 eine feste Stelle zu gewähren, da es sonst zu einer Abwanderung kommen könnte. Weiter betont Herr Kuch, dass im Rahmen eines Umschichtungskonzeptes aus der Haushaltskonsolidierung die vorgesehenen dezentralen Digitalisierungs- und Prozessbeauftragten in den Fachreferaten ohne Schaffung neuer Stellen realisiert werden sollen.

Stadtrat Werner erkundigt sich, ob alle Führungskräfte der Ingolstädter Stadtverwaltung beim Thema Digitalisierung mitgehen können.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Meinung, dass diese Frage nur individuell beantwortet werden könne von Amtsleiter zu Amtsleiter. Grundsätzlich sei es bekannt, dass man um die Digitalisierung nicht herumkomme.

Herr Kuch ergänzt, dass dieser Kulturwandel nicht vom Himmel fallen wird und es deswegen über das Changemanagement eine ganze Reihe von Maßnahmen geben muss. Vor allem die digitale Qualifizierung sei einer der Hauptschwerpunkte, die bei den Schlüsselrollen angesetzt werden müsse. Hierzu würden Amtsleiter und Führungskräfte dazugehören. Denn wenn dort keine Überzeugung und Bereitschaft stattfindet, sei es schwierig.

Aufgrund der momentanen Finanzsituation spricht sich Stadtrat Grob dafür aus, keine zusätzlichen Stellen vorzufinanzieren, sondern auf eine natürliche Fluktuation und Organisation innerhalb der Stadtverwaltung zu setzen. Das Projekt Digitalisierung könne die CSU-Stadtratsfraktion uneingeschränkt mitgehen, weil sie davon überzeugt sei. Aber in der aktuellen Haushaltslage, für die Umsetzung des Digitalisierungsplanes im Voraus ab nächstes Jahr im Haushalt zwei Stellen zu gewähren, begrüße sie nicht. Man sei davon ausgegangen, dass es sich heute lediglich um eine Information handle.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sagt, sie verstehe die Beschlussvorlage so, dass der Beschlussteil die Verstetigung dieser Stellen, die schon geschaffen wurden, darstelle und diese jetzt im Stellenplan 2025 im Vorgriff ausgewiesen werden sollen.

Herr Kuch erklärt, dass es sich bei den drei Stellen um das Changemanagement, das Portfoliomanagement und den Bereich der digitalen Weiterbildung handle. Diese Stellen seien bereits als Pilotstellen beschlossen worden. Dies bedeute, dass sie bereits besetzt und finanziert werden. Es gehe lediglich darum, aus Gründen der Personalbindung, dass man diese sehr guten Experten, die man gewinnen konnte, nicht erst im Stellenplan 2028, nach Ende der Pilotphase verstetigen möchte. Damit diese Experten gehalten werden können, wolle man Ihnen die Sicherheit einer festen Planstelle schon im Jahr 2025 gewähren. Damit würden sie nicht das Bedürfnis haben, sich nach anderen Arbeitgebern umzuschauen. Für den Haushalt habe dies keine Auswirkung, da diese im Finanzbudget enthalten seien.

Stadtrat Werner pflichtet Herrn Kuch bei.

Vor dem Hintergrund der Änderung der Beschlussqualität des Verwaltungsantrags und des umfassenden Berichts, tue sich Stadtrat Semle schwer, inhaltlich darüber zu diskutieren. Für die Diskussion wäre es seiner Ansicht nach hilfreich, wenn die Prozesse bürgerfreundlicher dargestellt werden könnten. Stadtrat Semle bezweifelt, dass man heute schon in der Lage sei, einen Beschluss zu fällen. Abgesehen davon sei er nach wie vor davon überzeugt, dass die Digitalisierung kommen müsse. Deshalb unterstütze er dieses Projekt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sagt, dass sie es nachvollziehen könne, wenn man das Thema noch einmal in den Fraktionen besprechen möchte.

Stadtrat Grob stimmt Stadtrat Semle zu. An Herrn Kuch gerichtet bittet er nochmals um Erklärung, welche Stellen bereits beschlossen seien. Die CSU-Stadtratsfraktion habe generell die Entscheidung getroffen, keine neuen Stellen vorerst zu beschließen, sofern die Gegenfinanzierung nicht konkret hinterlegt sei.

Herr Kuch erörtert, dass der Stadtrat am 17.10.2023 mit der Beschlussvorlage V0787/23 in dem Zeitraum von 2024 bis 2026 verschiedene Ausprägungen mit verschiedenen Verordnungen, Pilotstellen beschlossen habe. Auf Seite 9 der heutigen Beschlussvorlage sei dargestellt, welche Stellen man für 2024 bereits besetzt habe, mit der Empfehlung die Besetzung nach 2025 zu verschieben. Auf Seite 10 ganz unten seien die Digitalisierungs- und Prozessbeauftragten dargestellt, dort wo insgesamt 5 Stellen vorgesehen waren. Diese Stellen würde man im Rahmen des Konzeptes ab 2025 besetzen. Die zusätzlichen Stellen, die hier genannt werden, brauche es für diese Punkt nicht.

Stadtrat Stachel meint, es brauche eine Klarstellung, inwieweit die Stellen in Gänze beschlossen worden seien für die entsprechenden Jahre bzw. was der Stadtrat damals genau beschlossen habe und ob diese Pilotstellen bereits finanziert seien.

Herr Kuch erklärt, dass die damalige Intention gewesen sei, diese Stellen nicht als feste Planstellen im Stellenplan, sondern als Pilotstellen zu beschließen. Zu damaliger Zeit habe man sich bereits in der ersten Haushaltskonsolidierung befunden. Die Aufforderung lautete, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zu schauen, welche dieser Pilotstellen man im Zuge der weiteren Konsolidierung durch Umschichtungen auffangen könne. Bei den dezentralen Digitalisierungsbeauftragten tue man dies. Bei den drei externen Experten sehe Herr Kuch allerdings keine Möglichkeit, diese in absehbarer Zeit umzuschichten. Selbstverständlich könne man bis 2028 warten, ob sich diese Möglichkeit zeigen würde. Die

Gefahr sei jedoch, dass die Stadtverwaltung das externe Personal aus der freien Wirtschaft bis dahin verliere.

Stadtrat Stachel betont, dass es grundsätzlich bei Besprechungen in Fraktionssitzungen einen Unterschied mache, ob man sich bei einer Verwaltungsvorlage über eine Bekanntgabe oder Entscheidung unterhalte. Bei vorliegendem Fall habe zwischen der Finanzausschusssitzung und der heutigen Sitzung die Zeit gefehlt, sich in der Fraktion mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Vor diesem Hintergrund sehe Stadtrat Stachel sich nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen. Zudem würde er behaupten, dass sich die Bewerber bei der Bewerbung auf eine Pilotstelle darüber bewusst waren, auf was sie sich einlassen. Insofern tue er sich auch hier schwer zu sagen, dass die Bewerber eine Sicherheit brauchen. Stadtrat Stachel plädiere deshalb dafür, erst im nächsten Sitzungslauf eine Entscheidung zu treffen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass der nächste Sitzungslauf zu spät sei für eine Entscheidung. Man könne das Thema zurück in die Fraktionen geben, aber man müsse es dann spätestens im Stadtrat beschließen.

Stadtrat Wittmann bittet Herrn Kuch darum, bis zur Stadtratssitzung eine übersichtliche Tabelle zu erstellen, in der alle Stellen und Beschlussvorlagen mit Datum aufgeführt seien, welche bisher beschlossen wurden bzw. noch nicht beschlossen wurden. Des Weiteren würde er gerne in Erfahrung bringen, was Herr Kuch genau unter einer Pilotstelle verstehe. Ohne einen Überblick zu haben, werde die CSU-Stadtratsfraktion nichts beschließen.

Stadtrat Lange erläutert, dass der Stadtrat am 17.10.2023 mit der Beschlussvorlage V0787/23 34 Stellen für die gesamte Pilotphase beschlossen habe.

Angesichts dessen, dass sich die Haushaltssituation grundlegend geändert habe, appelliert Stadtrat Grob, den damaligen Beschluss nochmal zu hinterfragen. Was die Besetzung der externen Experten angehe, schlägt Stadtrat Grob vor, diese auf eine entsprechende Stelle zu setzen, wenn man sie unbedingt binden möchte. Dafür brauche man keine zusätzliche Stellenentscheidung.

Stadtrat Werner stellt klar, dass in der heutigen Beschlussvorlage ausdrücklich heiße, dass vorgesehen war, 2028 darüber zu entscheiden, ob die Stellen verstetigt werden sollen. Dies bedeute, dass man spätestens 2028 darüber entscheiden müsse, ob man die Stellen brauche oder nicht. Die Empfehlung von Herrn Kuch sei lediglich, die Entscheidung über diese drei Stellen vorzuziehen. Dies hätte die nächsten drei Jahre keine finanzielle Auswirkung. Unabhängig davon gebe er seinen Vorrednern darin recht, dass man sich mit der vorliegenden Tabelle in der Beschlussvorlage schon sehr intensiv beschäftigen müsse, um sie verstehen zu können. 16 Stellen seien bereits beschlossen worden und neun sollen im nächsten und übernächsten Jahr besetzt werden. Aufgrund der Finanzsituation könne man sich selbstverständlich darüber unterhalten, ob man diese tatsächlich besetzen müsse. Stadtrat Werner betont jedoch, dass das Projekt Digitalisierung sehr wichtig sei und man viel mehr über die Inhalte des Projektes reden sollte. Früher oder später wird die Digitalisierung beim Sparen helfen. Deshalb plädiere er dafür, sich jede einzelne Stelle noch einmal anzuschauen, aber um den Erfolg des Projektes nicht zu gefährden, die Inhalte in den Vordergrund zu stellen. Komme man am Ende zu der Erkenntnis, dass ein weiterer Fortschritt ohne die Besetzung dieser Stellen schwierig oder nicht möglich sei, müsse man aus heutiger Sicht in den sauren Apfel beißen. Aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion spreche nichts dagegen, das Thema nochmals in den Fraktionen zu konkretisieren.

Stadtrat Wittmann sagt, er sei damit einverstanden, das Thema in die Fraktionen zurückzugeben. Gleichzeitig wolle er noch zu Bedenken geben, dass man im Oktober 2023 250 Mio. Euro Gewerbesteuernachholung und Zinsen hatte. Dies sei mehr als das Doppelte, was man jetzt habe. Hier müsse man sich überlegen, ob man so weitermachen könne.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll wirft ein, dass der Stadtrat immer noch aufgrund geänderter Umstände die Möglichkeit habe, einen Stadtratsbeschluss wieder rückgängig zu machen. Es sei jedoch eines der großen Projekte, die eine ganz hohe Priorität in Ingolstadt habe. Ansonsten würde man auf diesem Gebiet gnadenlos und sehr schnell abgehängt werden.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben.

